

Bundespolizei bleibt für Tätowierte tabu

RECHTSSTREIT Kasseler Gericht bestätigt Entscheidung gegen Darmstädterin

KASSEL. Eine junge Darmstädterin ist auch in zweiter Instanz mit dem Versuch gescheitert, auf juristischem Weg Zugang zum Auswahlverfahren der Bundespolizei zu erzwingen. Grund für die Ablehnung: eine Tätowierung auf ihrem Unterarm.

Die 29 Jahre alte Tatiana Vallova hatte sich ein Literaturzitat auf den rechten Unterarm tätowieren lassen: „S'il te plaît... approuve-moi!“, ein Satz aus „Der kleine Prinz“ von Antoine de Saint-Exupéry. Die Bundespolizei-Akademie hatte die Zulassung der Darmstädterin mit der Begründung verweigert, ein sichtbares Tattoo beeinträchtigt die Legitimation und Neutralität der Polizisten und könne „das Misstrauen des Bürgers schüren“. Dagegen hatte Vallova vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt geklagt, war aber gescheitert (wir haben berichtet).

Die Neunundzwanzigjährige, vertreten vom Darmstädter Anwalt Husni Celik, focht die Entscheidung vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel an – doch ihre Beschwerde wurde am Freitag abgewiesen. Der Gerichtshof teilte mit, dass er in Übereinstimmung mit den Darmstädter Richtern keinen Rechtsanspruch der Polizeianwärterin auf Zulassung zum Einstellungsverfahren sieht.

Es sei nicht zu beanstanden, dass die oberste Dienstbehörde der Bundespolizei die Antrag-

stellerin wegen der „großflächigen Tätowierung“ auf ihrem Unterarm abgewiesen habe, teilte das Kasseler Gericht mit. Ungeachtet ihres Wortlauts überschreite die Tätowierung „den Rahmen der noch akzeptablen individuellen Auffälligkeit im äußeren Erscheinungsbild der uniformierten Bundespolizei“. Die Uniform, so der Verwaltungsgerichtshof, bezwecke „ein einheitliches Erscheinungsbild, das den polizeilichen Auftrag der Ge-



Tatiana Vallova mit ihrem Tattoo. FOTO: GUIDO SCHIEK

währleistung der inneren Sicherheit glaubhaft verkörpert“. Das Erscheinungsbild der Polizisten solle daher „frei von Übertreibungen sein“. Eine Entfernung der Tattoos habe Tatiana Vallova nicht glaubhaft angeboten.

Rechtsanwalt Celik zeigte sich am Freitag skeptisch, ob ein weiterer juristischer Streit um das Tattoo noch Erfolg verspricht. Darüber müsse er mit Vallova beraten, wenn der Beschluss im Wortlaut vorliege. Klar ist für den Anwalt aber: „In fünf, spätestens in zehn Jahren wird so eine Entscheidung belächelt.“ *db*

KURZ GEMELDET

Landtag prüft noch
WIESBADEN. Der Hessische aus dem Plenum abschaffen. Der Vertrag mit dem Privatsender

RMV erhöht Preise
FRANKFURT. Der Rhein-Main-durchschnittlich 3,45 Prozent. Die Anpassung des Tarifs ergebe

Die CDU bringt Rita ins Spiel

NAHVERKEHR Dadina lässt Alternative zu einer Straßenbahnverbindung von Darmstadt nach Groß-Zimmern prüfen

DARMSTADT. Die Darmstadt-Dieburger Nahverkehrsorganisation (Dadina) lässt verschiedene Möglichkeiten untersuchen, um den Osten des Landkreises besser an den Öffentlichen Personennahverkehr anzubinden. Das hat die Verbandsversammlung einstimmig beschlossen.

Im März war der Plan gescheitert, Groß-Zimmern, Roßdorf und Darmstadt mit einer Straßenbahn zu verbinden. Der Grund: mangelnde Wirtschaftlichkeit. Laut einer Analyse des Planungsunternehmens Zentrum für integrierte Verkehrssysteme (ZIV) erreichte das Projekt einen Faktor von maximal 0,51. Das Land fördert aber nur Projekte, die mindestens den Faktor 1 haben. Bei dem Straßenbahnprojekt könnte die Landesförderung bis zu 124,6 Millionen Euro betragen.

Nun soll der Dadina-Vorstand erneut auf das Land zugehen, um eine Änderung des Bewertungsverfahrens zu erreichen. Grundlage dafür ist eine Untersuchung, in der das ZIV das Verfahren kritisiert. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen werde mit dem Verfahren der standardisierten Bewertung, bei dem die Bedingungen definiert sind, nicht zutreffend ermittelt. Ein Mangel bestehe etwa darin, dass der Nutzen aus der Steigerung von Immobilienwerten und aus positiven Beschäftigungseffekten durch eine bessere Anbindung des Ostkreises nicht berücksichtigt werde. Das ZIV empfiehlt deshalb, das Bewertungsverfahren methodisch weiterzuentwickeln.

Weil erwartet wird, dass das lange dauert, soll das ZIV als Zwischenlösung die Machbarkeit ei-



Viele Kommunen im Kreis Darmstadt-Dieburg sollen besser ans öffentliche Nahverkehrsnetz angeschlossen werden.

ner Sammelbuslinie untersuchen, die möglicherweise auch Dieburg und Groß-Umstadt einbezieht.

Die CDU-Fraktion unterbreitete der Verbandsversammlung eine Alternative zur Straßenbahn. Der Vorschlag kombiniert Busse, Regionalbahnen und eine künftige Stadt-Land-Bahn, um umsteigefreie Verbindungen aus der Region in die Darmstädter Innenstadt zu schaffen. „Regionaler Integraler Takt für alle“ (Rita) hat die Union ihr Konzept genannt, das außer Darmstadt, Roßdorf und Groß-Zimmern noch weitere Kommunen einbezieht. So sollen Ober-Ramstadt, Reinheim und Otzberg stündlich

direkte, umsteigefreie Verbindungen in die Innenstadt erhalten. Roßdorf und Groß-Zimmern sollen Direktverbindungen zum Darmstädter Nordbahnhof erhalten.

Die Verbindung zwischen Pfungstadt und dem Nordbahnhof soll dadurch beschleunigt werden, dass eine stündliche Regionalbahn von Groß-Zimmern über den Hauptbahnhof in Darmstadt nach Pfungstadt verkehrt, die Itino-Fahrten nach Pfungstadt würden entfallen. Die Regionalbusse aus Groß-Umstadt, Eppertshausen, Münster, Dieburg, Fischbachtal, Groß-Bieberau, Groß-Zimmern und Roßdorf will die CDU erhalten.

Um das Konzept zu realisieren, müsste von Groß-Zimmern nach Darmstadt-Ost eine eingleisige dieselbetriebene Normalspurstrasse gebaut werden, von Darmstadt-Ost zum Weißen Turm wäre eine eingleisige Straßenbahnstrecke nötig. Für das Stadt-Land-Bahn-Netz müssten nach den Vorstellungen der CDU sechs Fahrzeuge angeschafft werden – jedes mit Platz für 220 Fahrgäste –, deren Breite an die Darmstädter Straßen angepasst ist. Für die Regionalbahnkomponente würden vier Eisenbahntriebwagen mit je 300 Plätzen gebraucht.

Uwe Schuchmann, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bezifferte

die Kosten der Kombi-Lösung auf geschätzte 83,8 Millionen Euro – somit wäre dieses Konzept erheblich preiswerter als die Straßenbahn.

„Dieses Konzept hört sich zu gut an, um wahr zu sein“, gab Patrik Koch für die SPD zu Protokoll. Man sei aber sehr dafür, den Vorschlag zu überprüfen. „Eine ausgezeichnete ganzheitliche Untersuchung“, lobte Klaus-Jürgen Hoffie (FDP), und Felix Weidner (Grüne) signalisierte ebenfalls Zustimmung: „Wir wollen noch mehr Menschen zum Öffentlichen Personennahverkehr holen.“ Nun soll das ZIV die prinzipielle Machbarkeit der Kombi-Lösung prüfen. *reh*

Kurhaus unter Wasser

UNWETTER Schweres Gewitter wüfet über Wiesbaden – Konzert fällt aus – Wehren im Kreis Groß-Gerau im Dauereinsatz